

ANTRAG

der Fraktion DIE LINKE

Jugend- und Schulsozialarbeit sichern und ausbauen

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Die Jugendsozialarbeit und die Schulsozialarbeit sind ein unverzichtbarer Teil der Kinder- und Jugendarbeit und haben sich in Mecklenburg-Vorpommern bewährt.
2. Die Jugend- und Schulsozialarbeit ist aktuell landesweit nicht bedarfsgerecht aufgestellt.
3. Die unsichere und zeitlich befristete Finanzierung aus mehreren Finanzierungsquellen sorgt nach wie vor für ein unattraktives Berufsbild der Jugend- und Schulsozialarbeit. Insbesondere die Finanzierung der Schulsozialarbeit aus den Mitteln des Europäischen Sozialfonds mit seiner Ausrichtung auf die Arbeitsmarktorientierung bereits ab der Grundschule ist denkbar ungeeignet.
4. Das Modellprojekt „Schulsozialarbeit Plus“ wird kritisch betrachtet. Es orientiert auf ein aktuell bereits vorhandenes Tätigkeitsfeld der Schulsozialarbeit. Die Zeit der Modellprojekte im Bereich der Schulsozialarbeit ist vorbei.

II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden und den Fachverbänden der Jugend- und Schulsozialarbeit unverzüglich eine Konzeption zur Weiterentwicklung der Jugend- und Schulsozialarbeit, inklusive einer gesetzlichen Verankerung der Schulsozialarbeit, zu erarbeiten. Das Konzept soll neben der Frage der Finanzierung Aussagen dazu treffen, wie Schulsozialarbeit als Landesaufgabe dauerhaft und flächendeckend gewährleistet werden kann. Zudem sind Standards aufzuführen, wie z. B. die Anzahl der zu betreuenden Schülerinnen und Schüler je Stelle festgelegt werden kann. Das Konzept ist dem Landtag bis zum 31. Mai 2021 vorzulegen.

2. eine Bedarfsanalyse in sozialpädagogischen Berufen im Land durchzuführen und die notwendigen Anstrengungen zu unternehmen, die Zahl der Absolventen im Fach Sozialpädagogik zu erhöhen.

Simone Oldenburg und Fraktion

Begründung:

Die Jugend- und Schulsozialarbeit ist ein elementarer Teil der Kinder- und Jugendhilfe. Nicht zuletzt die Anhörung im Sozialausschuss unter dem Titel „Zukunft der Jugend- und Schulsozialarbeit“ am 21. Oktober 2020 hat erneut die seit langem bestehenden Probleme bestätigt. Dies betrifft die unattraktiven Arbeitsbedingungen, die durch die Finanzierung aus verschiedenen Finanzierungsquellen einhergeht, die unzureichende personelle Ausstattung, sowie die fehlende gesetzliche Verankerung der Schulsozialarbeit in Mecklenburg-Vorpommern. Hier müssen Lösungen erarbeitet werden, um die Jugend- und Schulsozialarbeit in Mecklenburg-Vorpommern zu sichern.